

Der Totalschaden

Die überfällige Reform des Wahlrechts droht auch in dieser Legislaturperiode an den Regierungsparteien zu scheitern | Von Frank Decker

Wer nach der Bundestagswahl 2017 prognostiziert hätte, dass es den Regierungsparteien in der anstehenden Legislaturperiode leichter fallen würde, sich auf ein über 200 Milliarden teures Schuldenpaket zu verständigen als auf eine Reform des Wahlrechts, wäre vermutlich für verrückt erklärt worden. Eine solche Reform wäre eigentlich schon in der vorherigen Wahlperiode geboten gewesen, als sich das Problem einer starken Vergrößerung des Bundestages unter dem bestehenden – 2013 novellierten – Bundeswahlgesetz immer deutlicher abzeichnete. Dass sie jetzt erneut zu scheitern droht, ist für die Abgeordneten schlichtweg blamabel.

Die Verantwortung für den Schaden ist keineswegs gleich verteilt. Am wenigsten trifft sie die Oppositionsparteien FDP, Linke und Grüne, denen es – über alle sonstigen politischen Gräben hinweg – gelungen ist, einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorzulegen. Dieser sieht eine Neujustierung des Anteils von direkt gewählten und Listenabgeordneten durch eine Erhöhung der regulären Sollgröße des Bundestages von 598 auf 630 Sitze und eine gleichzeitige Reduktion der Zahl der Wahlkreise von 299 auf 250 vor. Das Auftreten von Überhangmandaten würde damit zwar nicht vollständig verhindert, ihre Zahl aber deutlich geringer, womit auch weniger Ausgleichsmandate anfielen. Ernsthaftige verfassungsrechtliche Bedenken wurden in der Sachverständigenanhörung gegen den Entwurf nicht geäußert, der zudem den Vorteil hat, dass er an der bestehenden Grundstruktur des personalisierten Verhältniswahlrechts festhält.

Dennoch waren die Regierungsparteien nicht bereit, auf dieser Basis über eine Reform zu verhandeln. Das legitime Ansinnen der Opposition, die Vorlage zumindest zur Abstimmung zu stellen, verhinderten sie in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause mit ihrer Geschäftsordnungsreform – wohl auch aus der Sorge heraus, dass der ein oder andere aus dem eigenen Lager zugestimmt hätte. Hauptsächlich für die Blockade war die Weigerung der Unionsparteien, selbst eine moderate Reduktion der Zahl der Direkt-



Die Idylle trägt. In den Bundestagsgebäuden könnte es bald noch voller werden.

mandate zuzulassen. Erst jetzt hat sie sich an dieser Stelle ein wenig bewegt und eine Absenkung auf 280 Mandate vorgeschlagen. Dies dürfte aber zu spät kommen, nachdem die Kandidatenaufstellung in manchen Wahlkreisen bereits erfolgt ist, und würde auch nicht ausreichen, um eine nennenswerte Verkleinerung des Bundestages herbeizuführen.

Der Verdacht, dass man mit dem deutlich vergrößerten Parlament eigentlich ganz gut leben kann, trifft genauso den Regierungspartner SPD. Deren Vorschlag, es bei der Zahl von 299 direkt gewählten Abgeordneten zu belassen, hätte den Vorteil, dass ein Neuzuschnitt der Wahlkreise nicht notwendig wäre – man könnte ihn deshalb auch noch nach der Sommerpause beschließen. Gleichzeitig enthält er aber zwei Komponenten, von denen die Partei weiß, dass sie für die Union eine Zumutung darstellen: Zum einen sollen ab einem Deckel von 690 Abgeordneten die überhängenden Direktmandate mit den prozentual schlechtesten Ergebnissen nicht mehr besetzt werden, was vor allem CDU und

CSU trübe. Zum anderen möchte die SPD eine geschlechterparitätische Aufstellung der Listen, womit sich die bürgerlichen Parteien bekanntlich schwertun.

Gerade die Direktwahl der Abgeordneten erfährt durch die Union dabei eine mitunter ärgerliche, durch die Tatsachen wenig gedeckte Erhöhung. Erstens weisen auch Listenabgeordnete eine Wahlkreisbindung auf, zumal sie häufig selbst als Direktkandidaten antreten. Zweitens vermitteln die unter den Parlamentariern der CDU/CSU überproportional zu vermeldenden Nebentätigkeiten nicht den Eindruck, dass alle mit ihrer Wahlkreisarbeit voll ausgelastet sind. Drittens können wir die Kandidaten im Wahlkreis mit un-

terer Erststimme zwar wählen, aber nicht abwählen (wenn er oder sie zugleich über einen sicheren Listenplatz verfügt). Und viertens gelingt es im heutigen Sechsparteiensystem nur noch wenigen Direktkandidaten, im Wahlkreis eine absolute Mehrheit zu bekommen. 2017 waren es gut vier Prozent – im Vergleich zu 66 Prozent bei der Bundestagswahl 1983.

Untauglich sind auch die fortgesetzten Versuche der Union, das 2012 im Wahlgesetz verankerte Prinzip des vollständigen Proporz wieder rückgängig zu machen, indem nicht alle Überhänge ausgeglichen oder verrechnet werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in bestimmten Grenzen zwar für zulässig erklärt. Weil von den Überhängen im Moment nur die Union profitiert, können und werden die anderen Parteien sich darauf aber kaum einlassen.

Wie geht es nun weiter? Wenn die Reform ausbleibt und wir nach der nächsten Bundestagswahl ein ähnlich großes oder

PROF. DR. FRANK DECKER
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathadear.

Menschlichkeit

Was ergeben ein offener Brief im „Harper's Magazine“, 153 Autor_innen die ihn unterzeichnet haben, plus eine mit den Augen rollende Kolumnistin? Diesen Text.

Der Brief wendet sich angeblich gegen die „Einschränkung der öffentlichen Debatte“. Viele der Unterzeichnenden sind allerdings bekannt dafür, eine offene Debatte abzulehnen, sobald es um Kritik an ihren eigenen Äußerungen geht.

Das prominenteste Beispiel darunter ist sicher J.K. Rowling, Autorin der bekannten Harry-Potter-Reihe. Seit langem wird sie für ihre transfeindlichen Aussagen kritisiert. Doch statt sich der Kritik ernsthaft zu stellen, wischt sie diese mit pseudo-wissenschaftlichen Quellen und Ablenkungsmanövern weg.

Zur Erinnerung: trans Personen sind, online wie offline, sehr stark von jeglichen Gewaltformen betroffen, haben einen extrem erschweren Zugang zum Arbeitsmarkt und müssen – auch in Deutschland – viele menschenunwürdige und kostspielige Hürden nehmen, um überhaupt als diejenigen leben zu können, die sie sind.

Auf der einen Seite: eine der reichsten und einflussstärksten Frauen der Welt. Auf der anderen: eine der am stärksten diskriminierten Gesellschaftsgruppen. Finden Sie den Fehler?

Der Brief hätte schließlich auch kritisieren können, dass die öffentliche Debatte noch nie wirklich offen war, da nicht alle Mitglieder unserer Gesellschaft teilhaben dürfen – insbesondere, wenn sie nicht der Norm des Weißen/Männlichen/Cisgender/Heterosexuellen/ohne Behinderung entsprechen. Dass sich das überhaupt langsam ändert und nun mehr Menschen öffentlich mitreden, ist auch – bei allen Problemen dieser Plattformen – Social Media zu verdanken.

Brauchen wir eine wohlwollendere Kritik- und Fehlerkultur, die Menschen im Kontext ihres gesamten Handelns betrachtet und ihnen ebenso Raum zum Lernen und Wachsen lässt? Absolut.

Brauchen wir aber auch eine Kultur der Konsequenzen, die Menschen in die Verantwortung und ihrem Handeln ernst nimmt? Definitiv.

Die Lösung liegt in der Verbindung dieser Forderungen, die stets auf Menschenrechten fußen muss. Deshalb ist auch die Existenz von trans Personen kein Debattiergegenstand, sondern ein Fakt und gehört respektiert.

Oder wie es der Autor Robert Jones ausdrückt:

„Wir können unterschiedlicher Meinung sein und einander trotzdem gern haben. Es sei denn, dein Widerspruch basiert auf meiner Unterdrückung, der Leugnung meiner Menschlichkeit und meines Rechts zu existieren.“

Schule des Lebens

Der Dienst für die Allgemeinheit ist nötiger denn je. Staat und Gesellschaft sind eine Gemeinschaftsleistung | Von Oliver Rolofs

Neun Jahre nach ihrer Aussetzung ist die Wehrpflicht wieder zurück – in der politischen Debatte und mit neuen weiterführenden Vorschlägen zu einer Dienstpflicht. Die Diskussion darüber lohnt sich, aber sie sollte nicht zu kurz greifen. Das Ziel muss vor allem sein, unsere Demokratie und Gesellschaft gegenüber globalen Multi-Risiken widerstandsfähiger zu machen und ihre Integrität zu stärken – eine gleichberechtigte Dienstpflicht für Frauen und Männer kann dabei helfen.

Der überraschende Anstoß für eine Neuaufgabe der Wehrpflicht kam am vergangenen Wochenende von der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl – und stieß umgehend und überwiegend auf Ablehnung. Kurz darauf folgte die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer mit dem Vorschlag, einen Freiwilligendienst bei der Bundeswehr mit dem Motto „Dein Jahr für Deutschland“ zu

etablieren und anstelle der Wehrpflicht gar über eine allgemeine Dienstpflicht nachzudenken – eben nicht nur im militärischen Bereich, sondern auch im zivilen.

Man hätte es einfacher haben können: Hätte der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Wehrpflicht 2011 nicht abgeschafft, sondern in ein gesellschaftliches Pflichtjahr für alle überführt, wären wir heute in vielerlei Hinsicht einen Schritt weiter. Leider wurde die Chance nicht ergriffen, gesellschaftliches Engagement, ob nun militärisch oder zivil, zu einem Teil der Ausbildung junger Menschen zu machen und so die Bindungskraft der Gesellschaft wieder zu stärken. Die unselbige Mode dieser Tage, das Feuerwehrlute, Polizisten und Minderheiten auf offener Straße attackiert werden oder digitale Wutbürger aus den Schützengräben der sozialen Medien Salven des Hasses abfeuern, lässt erahnen, dass unserer Gesellschaft ein

integratives und identitätsstiftendes Gemeinschaftserlebnis guttun würde.

Eine Aufwertung des Dienstes für die Allgemeinheit ist heute nötiger denn je, um aufzuzeigen, dass Staat und Gesellschaft kein abstraktes Konstrukt sind, sondern eine Gemeinschaftsleistung. Das sollte auch eine Lehre aus der Corona-Pandemie sein, die schonungslos offenbart hat, wo die Sollbruchstellen eben jenes Staates und

OLIVER ROLOFS
ist Oberstleutnant der Reserve und Managing Partner der Münchner Strategieberatung connecting trust. Er war langjähriger Kommunikationschef der Münchner Sicherheitskonferenz.

seiner Gesellschaft liegen. Corona hat auch gezeigt, dass weder das vorhandene Personal zur Bewältigung größerer Krisen, etwa im Gesundheitswesen oder Katastrophenschutz ausreicht, noch das Ehrenamt und freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Bank ist.

Wenn wir unsere Integrität und Souveränität bewahren wollen, muss allgemein die Daseinsvorsorge neu gedacht werden: Eine Gesellschaft, die mit den Herausforderungen des Klimawandels, wachsenden geopolitischen Risiken, Demographie und sozialer Gerechtigkeit konfrontiert ist, braucht Menschen mit Kompetenz im Krisenmanagement. Junge Frauen und Männer könnten nach ihrer Schulzeit Erfahrungen sammeln, sei es in medizinischen und sozialen Bereichen, Entwicklungshilfe, Integration, Katastrophenschutz oder im Umweltschutz. Für viele junge Menschen wäre dies der erste Kontakt mit